

Teilnahmeunterlagen

Themenforum Infrastruktur für Engagement und Beteiligung

Ergebnisse der Auftaktveranstaltung zur Entwicklung der Berliner Engagementstrategie

Einleitung

Wie soll eine Berliner Engagementstrategie aussehen? Am 4. April 2019 hat das Abgeordnetenhaus Berlin die Entwicklung einer Berliner Engagementstrategie beschlossen. Diese wird im Dialog mit Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung erarbeitet. Damit knüpft dieser Prozess an die im Jahr 2004 verabschiedete „Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement“ und das 2016 erarbeitete Papier „Zukunft der Berliner Engagementlandschaft“ an.

Ziel ist es, das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Berlinerinnen und Berliner in den verschiedensten Lebensbereichen durch gute Rahmenbedingungen zu stärken, eine breite Teilhabe an Engagement und Beteiligung zu ermöglichen und gemeinsam eine sozial lebendige und solidarische Gesellschaft zu gestalten.

Für die Entwicklung der Berliner Engagementstrategie wurden die folgenden thematischen Schwerpunkte gesetzt:

- Zugang zu Engagement und Beteiligung / Neue Zielgruppen
- Infrastruktur für Engagement und Beteiligung
- Anerkennungskultur und öffentliche Wahrnehmung
- Digitale Transformation

Die Entwicklung erfolgt anhand eines Beteiligungsprozesses, der aus folgenden Elementen besteht:

- Auftaktveranstaltung
- Themenforen
- Begleitgremium

An der Auftaktveranstaltung nahmen rund 200 Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen teil. Ziel war es, erste Vorschläge für die Ausgestaltung der Berliner Engagementstrategie sammeln. Diese werden im Rahmen von vier Themenforen, die jeweils zu einem thematischen Schwerpunkt stattfinden, konkretisiert. Des Weiteren wird die Entwicklung der Berliner Engagementstrategie von einem Begleitgremium unterstützt, in dem die Vielfalt des Berliner Engagements vertreten ist. Das Begleitgremium berät auf Grundlage der Ergebnisse aus den Themenforen, welche Inhalte in die Berliner Engagementstrategie aufgenommen werden sollen.

Im vorliegenden Dokument sind die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung für den Themenschwerpunkt „Infrastruktur für Engagement und Beteiligung“, Beiträge zur Online-Umfrage für die Berliner Engagementstrategie und thematisch zugehörige Vorschläge aus dem Themenforum Anerkennungskultur zusammengefasst. Es ist die Diskussionsgrundlage für das Themenforum „Infrastruktur für Engagement und Beteiligung“ am 27.01.2020 im Rathaus Lichtenberg.

Ergebnisse der Auftaktveranstaltung

Themenschwerpunkt Infrastruktur für Engagement und Beteiligung

Im Folgenden finden Sie die Zusammenfassung der Vorschläge für die Berliner Engagementstrategie zum Themenfeld Infrastruktur für Engagement und Beteiligung.

Räume für Engagement

- Freiwilliges Engagement braucht Räume: Für Meetings, für Veranstaltungen, für Ausstellungen, Konzerte, Aktionen. Hier muss Berlin gemeinnützigen Organisationen und ehrenamtlichen Initiativen angesichts der zunehmenden Knappheit von Räumen mehr Unterstützung bieten. Die Zivilgesellschaft darf nicht in die Peripherie der Stadt verdrängt werden.
- Seitens des Landes Berlin, aber auch der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft muss eine Mehrfachnutzung von Räumen ermöglicht werden. Maßnahmen dazu könnten sein:
 - Digitale Plattform zur Raumvergabe für ein effizientes Management der Mehrfachnutzung bestehender Räumlichkeiten schaffen.
 - Auflistung von Möglichkeiten des CoWorkings für gemeinnützige und freiwillige Initiativen.
 - Anerkennung für (kommerzielle) Einrichtungen gewährleisten, die Räume zur Verfügung stellen. Z.B. durch eine veröffentlichte Liste der in diesem Bereich engagierten Unternehmen oder ein Berlin-Logo für bürgerschaftliches Engagement.
 - Die technischen Voraussetzungen für eine Mehrfachnutzung vor Ort verbessern (z.B. Umrüstung von Alarmanlagen).
 - Abfederung von ggf. entstehenden Schäden und entstehender Kosten z.B. für zusätzliche Reinigungen oder Strom.
 - Besondere Rolle (und Verantwortung) von Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäusern, Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäusern, Seniorentreffs, etc. bei der Zurverfügungstellung und Belegungsplanung von Räumlichkeiten festhalten.
- Kostenlose Nutzung von Räumen des Landes Berlin für gemeinnützige Vereine und Initiativen ermöglichen:
 - Politischen Willen für eine Nutzung der Räume des Landes zeigen und die Fachverwaltung dazu anhalten, den zusätzlichen Aufwand auf sich zu nehmen.
 - Bei Planungen von neuen Schulen, Bibliotheken, Rathäusern sollten Räume für die Zivilgesellschaft mitgeplant werden.
 - Die Mehrfachnutzung der Räume des Landes Berlin soll vereinfacht werden. Hierzu sollten unter anderem die Einnahmenvorgaben der ALLA Raum geprüft werden.
 - Die Nutzung der Räume durch die Finanzierung entsprechenden Personals für die Koordination ermöglichen.
 - Die Möglichkeiten für eine Übernahme von Nebenkosten bei der unentgeltlichen Raumnutzung durch Initiativen in Räumen des Landes, der Bezirke sowie auch bei

- Nutzung von Räumen anderer zivilgesellschaftlicher Akteure und Unternehmen sollten geprüft werden.
- Einen Rahmenvertrag des Landes Berlin mit einer Versicherung schließen, um eventuelle Schäden im Rahmen unentgeltlicher Raumnutzungen zu versichern.
- Sicherung bestehender Immobilien und Räume der öffentlichen Hand für gemeinnützige Träger/ Zivilgesellschaft:
 - In bestehenden Wohn- und Industrievierteln prüfen, ob es noch verfügbare Räumlichkeiten zur kostengünstigen Vermietung an Organisationen der Zivilgesellschaft oder zur Schaffung von Begegnungsräumen gibt (insbes. der städtischen Wohnbaugesellschaften sowie in Gebäuden des Landes Berlin, aber auch seitens privater Unternehmen).
 - Prüfen, inwieweit bestehende rechtliche Vorgaben für Neubauvorhaben so interpretiert oder korrigiert werden können, dass mehr Räume für die Zivilgesellschaft eingeplant werden.
- Barrierefreiheit bestehender Räumlichkeiten für Engagement und Zivilgesellschaft verbessern und einen niedrigschwelligen Zugang (sichtbar, erreichbar, einladend) für Alle ermöglichen.
- Steigende Mieten bei der Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen beachten.
- Subventionierung von Mietkosten gemeinnütziger Organisationen (z.B. über Fonds).
- Haus des Engagements als Zentrum der Berliner Engagierten etablieren (ggf. als Sitz des Landesnetzwerk Bürgerengagement, Servicezentrum, Fortbildungen, Räume für Engagement, Öffentlichkeitsarbeit, etc.). Vorbild könnte das Haus der Demokratie sein.

Infrastruktureinrichtungen

- Verstetigung und qualitativer Ausbau der Aufgaben der bestehenden Freiwilligenagenturen:
 - Freiwilligenagenturen erwarten vor allem politische Verlässlichkeit, d.h. eine dauerhafte und stabilisierende Förderung durch das Land Berlin.
 - Freiwilligenagenturen benötigen Standards als Form der Übereinstimmung einerseits und lokalräumliche Flexibilität ihrer Aufgaben vor Ort andererseits.
 - Als Einrichtungen müssen sie in vielfältigen Austausch mit allen anderen Akteuren treten können (überbezirklich, überverbandlich), aber auch Kapazitäten und Energien für eine überbezirkliche Zusammenarbeit erhalten, also nicht nur für die lokale Arbeit budgetiert sein.
- Flächendeckender Aufbau von Stadtteilzentren in der gesamten Stadt.
- Gezielter Aus- und Aufbau von Berliner Migrantenselbstorganisationen.
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit der Infrastruktureinrichtungen:
 - Zugang zu Informationen über bestehende, dezentrale Angebote der Infrastruktureinrichtungen und Bezirke verbessern.
 - Übersichtlicher Zugang zu Engagementgelegenheiten
- Vernetzung der Infrastruktureinrichtungen untereinander stärken:
 - Landesnetzwerk Bürgerengagement stärken

- Neue Formate entwickeln
- Einheitliche Standards für das Freiwilligenmanagement in gemeinnützigen Einrichtungen schaffen.
- Ausbau der Forschung über die Gelingensbedingungen der Förderung bürgerschaftlichen Engagements und Beteiligung in Berlin, um die qualitative Weiterentwicklung der Berliner Infrastruktureinrichtungen weiter zu verbessern.
- Freiwilligenkoordination stärken und finanzieren: Wie in den Unterkünften für geflüchtete Menschen sollte auch in anderen Bereichen eine Koordination von Ehrenamtlichen über den Kostensatz finanziert werden.
- Anerkennen, dass Freiwilligenmanagement inzwischen eine multidisziplinäre Form des Changemanagements und der Leitung und Führung von Engagierten ist.
 - Die in diesem Berufsfeld Tätigen brauchen eine angemessene Anerkennung ihres Anforderungs- und Leistungsniveaus, ausgedrückt in einer höheren tariflichen Zuordnung, das entspricht TV 11.
 - Es ist die Aufgabe der Fachpolitik, auf diesen Zuwachs an Kompetenz und Verantwortung zu reagieren.
 - Es gilt, die notwendige Neubewertung des Freiwilligenmanagements durch Verbesserung der Rahmenbedingungen (Einführung von Veranstaltungsbudgets, Stabsstellen auf strategischer Eben, tarifliche Anhebung) zu ermöglichen.

Rahmenbedingungen finanzieller Förderung

- Verbesserte Förderung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen/ Abbau bürokratischer Hürden:
 - Prüfung der LHO durch eine Kommission von Expertinnen und Experten, um bürokratische Hürden abzubauen und Verbesserungen für die Finanzierung gemeinnütziger Organisationen vorzuschlagen.
 - In landesweiten Zuwendungsrichtlinien / LHO geeigneten Pauschalanteil für die Finanzierung von Verwaltungskosten („Regiekosten“) gemeinnütziger Antragsteller festlegen (Vorschlag Paritätischer: 12%)
 - Auf längerfristige Förderung statt jährlicher Beantragung von Projektförderung setzen.
 - Zuwendungen an Einzelpersonen/ Initiativen ohne Rechtsform erleichtern. Niedrigschwellige Zugänge zur öffentlichen Förderung schaffen, u. A. durch vereinfachte Antragstellung. Insb. Kriterien für den Zugang zu den FEIN-Mitteln prüfen und den Aufwand für den Nachweis der Mittelverwendung verringern.
 - Anpassung und Prüfung der Tariftabellen für Beschäftigte, die im Rahmen von zuwendungsgeförderten Projekten beschäftigt sind (S-Tabellen)
 - Gemeinnützige Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten sollten einen Finanzierungsmix anstreben, um sich von einzelnen Finanzierungsquellen unabhängiger zu machen.

- Finanzierung konkreter Leistungen und Angebote
 - Topf/Fonds für kleine Initiativen zur Verfügung stellen
 - Zuschüsse des Landes zu dem vom Bund basisfinanzierten Freiwilligendienst prüfen.
- Finanzierung ausgewählter Leistungen im Bereich Engagementförderung durch Globalprodukte der Bezirksamter (Versorgungsrichtwerte).
- Rahmenvertrag des Landes für Haftpflicht- und Unfallschutzversicherung für freiwillig Engagierte im Land Berlin sollte überprüft, ggf. ausgebaut und klar kommuniziert werden. Außerdem sollten Vordrucke für Schadensfälle an zentraler Stelle bereitgestellt werden.
- Informationen über bestehende Fördermittel der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und Stiftungen verbessern.
 - Zentrale Fördermitteldatenbank aufbauen.
 - Zentrale Plattform zur Koordinierung von Sachspenden von Unternehmen und Privatpersonen an gemeinnützige Organisationen und freiwillige Initiativen einrichten.

Beratung und Qualifizierung

- Viele Organisationen können Fortbildungen nicht selbständig anbieten. Daher muss ein vielfältiges Angebot durch andere Träger geschaffen werden, die öffentlich gefördert sind. Eine Möglichkeit ist die Öffnung der Qualifizierungsangebote einzelner gemeinnütziger Organisationen für die Freiwilligen anderer Organisationen.
- Zentrale Online-Information über bestehende Angebote zur Qualifizierung und Beratung aufbauen. Das ist insbesondere bei seltenen, spezialisierten Kursen von Bedeutung (zum Beispiel Finanzschulungen, Rollstuhlführerschein).
- Flächendeckendes Angebot von Qualifizierungen und Fortbildungen für Freiwillige
 - Vorbild des Programms der Volkshochschule (VHS) Tempelhof-Schöneberg in Kooperation mit Landeszentrale für politische Bildung.
 - Juristische Beratung für Vereine, inklusive Begleitung bei Vereinsgründungen.
 - Regelmäßiges Angebot an Supervision der ehrenamtlichen Arbeit und Unterstützung bei Konfliktklärung (z.B. in VHS oder Infrastrukturen).
 - Beratung beim Aufbau von Projekten
 - Informations- und Beratungshotline für Freiwillige schaffen.
 - Gerade in sozialen Bereichen sind bei der Umsetzung auch Supervisionen der Engagierten wichtig.
 - Informationen und Beratung rund um das Thema Datenschutz bereitstellen.
- Es gibt Menschen, die beim Lernen stärkere Schwierigkeiten haben. Nicht alle haben das gleiche Lerntempo. Deshalb sollte kontextsensibel geprüft werden, ob der Kompetenzerwerb für alle offen gestaltet werden kann oder verschiedene Kurse für die jeweiligen Zielgruppen angeboten werden sollten.
- Systematische Erhebung der Qualifizierungsbedarfe von Freiwilligen in Berlin (z.B. durch regelmäßige Befragung)

- Zentrale Schulungen für Freiwilligenkoordinatoren und Freiwilligenmanagerinnen nach Vorbild des Beratungsforums Engagement für Geflüchtete und Akademie für Ehrenamtlichkeit.
- Zentrale Wissensmanagement-Plattform aufbauen z.B. auf der Engagementplattform bürgeraktiv. Wichtig sind unter anderem Informationen über rechtliche Rahmenbedingungen wie Datenschutz, Vereinsrecht oder Haftpflicht.
- Angebote zur organisationalen Weiterentwicklung für gemeinnützige Organisationen schaffen.
- Service Learning flächendeckend in Berlin einführen (Lehr- und Lernform, die gesellschaftliches Engagement mit fachlichem Lernen verbindet). Dadurch könnten (junge) Menschen mit freiwilligem Engagement in Kontakt kommen, bei denen das sonst nicht der Fall sei. Zudem ermöglicht es eine Kombination von informellem und formellem Lernen.

Vernetzung und Zusammenarbeit

- Einrichtung von „Engagementbeiräten“ in der Senatskanzlei und den Bezirken, um die strategische Weiterentwicklung der Engagementförderung von Politik und Verwaltung zu begleiten.
- Ausbau des Landesnetzwerks Bürgerengagement zum zentralen Akteur der Vernetzung aller Engagement fördernden Akteure in Berlin (Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik/ Verwaltung).
- Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit Unternehmen ausbauen
- In den Bezirksämtern Anlaufstellen schaffen, an die sich Freiwillige und Organisationen der Zivilgesellschaft wenden können, wenn sie Informationen zum Engagement oder zur Bürgerbeteiligung benötigen („Beauftragte für Engagement und Beteiligung“). Die bezirklichen Ansprechpersonen sollten leicht auffindbar sein, idealerweise das gleiche Stellenprofil haben und sich gut untereinander vernetzen.
- Austausch mit bisher weniger vernetzten und etablierten Engagierten, Initiativen und Organisationen, z.B. Menschen mit Behinderung, junge/ ältere Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund stärken. Dazu Diversity-Kompetenzen ausbauen.
- Aufgaben- und Rollenklärung:
 - Rolle der Wirtschaft definieren
 - Klare Aufgabenteilung zur Koordinierung des bürgerschaftlichen Engagements auf Verwaltungsseite (zwischen verschiedenen Hauptverwaltungen sowie zwischen Landes- und Bezirksebene)
 - Grundsatz: Hauptamt richtet sich bei Termin- und Ortfindung der Vernetzung im Zweifel nach dem Ehrenamt, die Verwaltung im Zweifel nach den gemeinnützigen Akteuren.

Ergebnisse der Themeninseln bei der Auftaktveranstaltung

Nachfolgend werden die auf Metaplanwänden festgehaltenen Ergebnisse der Themeninseln „Infrastruktur für Engagement und Beteiligung“ aus der Auftaktveranstaltung der Berliner Engagementstrategie dargestellt.

Räume für Engagement

- Neubau: Rechtliche Vorgaben
- Wohnungsneu der städtischen WBG: damit oft monofunktional => Einplanen von Räumen für Nachbarschaft + Engagement
- Vernetzung
=> Räumlichkeit
=> Austausch/Schnittstellen
- Bereits bestehende Einrichtungen nach unbenutzten Räumen zu bestimmten Zeiten erfragen
- Räumlichkeiten
grundsätzlich sollten alle Räumlichkeiten, die der öffentlichen Hand gehören, für Initiativen zur Verfügung stehen
 - Vorhandene Räume zu dieser Nutzung festschreiben
 - Freiräume erhalten
- geförderte Träger/Angebote können Räume kostenfrei zur Verfügung stellen über eine digitale Plattform
- Räume für Engagement durch gegenseitige Vernetzung sicherstellen z. B. nicht genutzten Zeiten
- Sicherung bestehender Räume/Immobilien für frei Träger/ Zivilgesellschaft, die im öffentlichen Eigentum sind
- Bei Neubauvorhaben
 - Räume f. Zivilgesellschaft mit einplanen!
- Räume
- kostenfreie Räume öffnen in Schulen, Behörden etc. für Initiativen, Stadtteilarbeit
- "Safe Spaces"
- Begegnungsräume (regelmäßig) im Freien, öffentlich, barriere & diskriminierungsfrei
- Räume mit barrierefreier Zugänglichkeit und Nutzbarkeit
- Räume für Selbstorganisation auch in öffentlichen Einrichtungen
- Mehrfachnutzung von Räumen (z. B. Schulen) ermöglichen durch Finanzierung entsprechenden Personals (z. B. durch STZ)
- Finanzierung bereithalten von Räumen in öffentlichen Räumen
Private Gebäude.
- Kostengünstige Büroräume für Vereine & Organisationen
 - kostenlose Räume für Veranstaltungen

- günstige/kostenfreie Räume insbesondere für die Ausbildung von EA/FW (und Übersicht darüber)
- Räume "für alle"
 - niedrighschwelliger Zugangsichtbar, erreichbar, einladend
- Räume in öffentl. Einrichtungen zur freien Verfügung stellen (working spaces)
- FrauenRäume
Zentren
- Subventionierung für gemeinnützige Organisationen (Miete)
- Bauauflagen (Investoren, WBG):
 - Schaffung von Räumen für GruppenAuflagen an öffentliche Häuser (Museen etc.)
 - Bereitstellung von RäumenDatenbank zugängliche Räume
- starkes Ehrenamt braucht starkes Hauptamt - Räume etc.
- Verfügungsstellung von Räumen
Zeit <=> Ort
- Kieznähe/Multifunktionelle Nutzung/Mehrfachnutzung
 - leichten Zugang
 - Buchung im Netz
- Tag des offenen Raums initiieren plus Anbieter finden (Mittw. Bei der AWO in Schöneberg kostenloser Raum frei...)
- Begegnungsräume im MUF (Bauvorhaben)
- Workspace für Organisationen
- Angebot und Nachfrage zu Räumen online regeln
- Netzwerk von Instituten etc. die Räume zur Verfügung stellen evt. Onlineplattform
- digitale Plattform mit Reservierungsmöglichkeiten, Infos zu den Räumen, einfache Sprache
- Anreize für Unternehmen Räumlichkeiten kostenfrei zur Verfügung stellen! (z. B. Berlin-Logo für bürgerschaftliches Engagement)
- kostenfreie Räume => öffentliche und geförderte Räume + gesponserte Räume von Privaten und Unternehmen, die Räume zur Verfügung stellen

Infrastruktureinrichtungen

- Freiwilligenagenturen + Freiwilligenmanagement + Stadtteilzentren
- nötige Infrastrukturen
 - Freiwilligenagenturen, die zu allen FW-Organisationen vermitteln und beraten
- (hauptamtliche) Ansprechpartner*innen für Interessierte
(hauptamtliche) Strukturen, Kontinuität, Austausch, Vernetzung
- viele dezentrale Anlaufstellen mehrere pro Bezirk
- Kooperation von Beiräten
- dezentrale Anlaufstellen statt zentral
- Haus des Engagements! Kostenlos

- Häuser des Engagements
- Servicezentrum für MSO im BFD
- Nachhaltige Infrastrukturförderung:
 - Initiativen zum Empowerment von Menschen mit Migrationsbiografie
- Sammelstelle f. Interessenten für Vorstandsarbeit
- Senatsorganisierte Netzwerktreffen für Inis, die am selben Thema arbeiten (1x im Jahr z. B. xxxx oder Telefonsitzung)
- Stammtische NEU DENKEN
- zurück in den Kiez, nah bei den Leuten
- Infrastruktur weiterentwickeln durch Empowerment von Infrastruktureinrichtungen bei der Digitalisierung
 - An Bedarfen entwickelte Tools
 - Qualifizierung
 - Vernetzung
- Bewerbung der Infrastruktur
- Transparenz bestehender Angebote in Bezirken / Kiez im Internet + Lokalzeitungen/Infoblättern
- niedrigschwellige Informationsquellen
- Klarheit/Übersicht über Bestehendes für Akteure
- Übersichtlicher Zugang (digital wie örtlicher) zu Engagementgelegenheiten
- Transparenz
 - Hierarchien
 - Weg
 - Ansprechpartner
- Themen: (Vielfalt-) Infrastruktur Engagement sichtbar machen
- x Überblick behalten
- Finanzieller Aufwuchs für die Landesfreiwilligenagentur als Netzwerk - Zentrale für Landesnetzwerk u. a. Netze BE
- Hauptamtliche Struktur für "unliebsame Aufgaben" der bürgerschaftlich Engagierten
 - ÖA, Finanzierung, Orga
- Das Bestehende der Infrastruktur erhalten!!!
- Stärkung des Freiwilligen-Management über Förderung in allen sozialen Bereichen zu einheitlichen Standards
- Forschung: Was brauchen die Leute? (Bedarfserweiterung)
- Forschung / ZG
- Partizipationsforschung: Dafür Länderstelle für Partizipationsförderung
Forschung dazu!!!

Rahmenbedingungen finanzieller Förderung

- Topf zur Verfügung stellen
- Kostensatz + Zuwendung, Ehrenamtskoordination + Management
- Welche Art der Kontrolle

- einheitliche Finanzierung, gesetzlich geregelte Freiwilligendienste
- Zuwendungen für Einzelpersonen / Initiativen erleichtern
- Topf zur unbürokratischen Mittelvergabe
- auskömmliche und nachhaltige Finanzierung bestehender professioneller Unterstützung / Institutionen für Ehrenamt
- mehr Hauptamtliche (Finanzbedarf) unterstützen viele Ehrenamtliche z. B. Orga, Anträge
- vereinfachte Antragsstellung für Fördergelder
- Angebot und Ressourcen niedrigschwellig zur Verfügung stellen (leichte Sprache)
- Absicherung bestehender Angebote/Förderung von Engagement [verschiedene Bereiche]
- Bezirkshaushalt für gemeinwohlorientierte Arbeit
- Nachbarschaftshäuser + Begegnungszentren finanziell gut aufstellen
 - Mieten unnötig
- starkes Ehrenamt braucht starkes Hauptamt
 - Finanzen
- Aufwandsentschädigung
 - => leichter Zugang!
- Haushaltsordnung muss verändert werden
 - Bezug zum BE herstellen
 - Abgeordnetenhaus
- finanzielle Unterstützung für ED!!!
- Freistellungsregelungen ausbauen
- massiver Abbau bürokratischer Hürden für öffentliche Förderung
- Versorgungsrichtwerte für soziale Infrastruktur (wachsende Stadt)
- Mindest(Basis)Versorgung mit NBH/FWA dauerhaft ausbauen und sichern
- Überprüfung Projektförderung
 - nicht jedes Jahr Neues fördern
 - Langfristiges Fördern
- längerfristige finanzielle Förderungen
- Finanzierung dauerhaft der Projekte / zur Förderung der Engagements von xxx + GF
- dauerhafte Förderungen
 - finanziell
- Finanzierungslogik 5-10 Jahre
- Finanzierung Freiwilligenagentur nicht pro Jahr, sondern Verträge für 3 Jahre gemäß LHO
- Auskömmliche dauerhafte finanzielle Förderung von Strukturen, die Engagement & Beteiligung fördern und begleiten (u. a. unter Berücksichtigung von Gewerbetrieben)
- Verlässliche Finanzierung, Kooperationen jeglicher Art
- Haftpflicht Gesamt Berlin
- (L)FWAs als Informations- und Netzwerkstelle fördern
- Engagement-Budgets für Initiativen (=> Aktivitäten wie z. B. Gärtnern) finanzieren (FEIN-Mittel zu
- Netzwerke finanzieren (welche?!)
- Verwaltungsarbeit in Vereinen bezuschussen.

- Zusatzfinanzierung Freiwilligenagenturen für Raum
Für EA wie bei xx Zentren
- Sachmittel bereitstellen (Papier, Kopierer...)
- Haftpflicht-/Unfallversicherung
- Kiezfonds
- Nachhaltige Infrastrukturförderung:
 - Freiwilligenmanagements in gemeinnützigen Organisationen
 - Freiwilligenagenturen
 - Netzwerke u. a. für eine Geschäftsstelle Berliner Landesnetzwerk
- Freiwilligen-Managements innerhalb der Organisationen, ausgestattet aus Mitteln für Anerkennung, Fortbildung
- Nachhaltige Finanzierung z. B. auch für Personal
- Firmen überlassen Computer u. andere Ressourcen

Beratung und Qualifizierung

- Ehrenamt braucht professionelle Unterstützung und Standards
- Bildungsangebote
- Beratung im Konflikt, in Prozessen, z. B. Rassismus
- Ehrenamt: Unterstützung bei Management, aber auch Supervision, "Gründungsbereitung" wie z. B. SEKIS, Freiwilligenagenturen oder in Nachbarschaftshäusern
- Angebote für Kenntnisse aneignen
 - => Bereiche
 - => Schwerpunkte
- Beratungsinfrastruktur zum Aufbau von Projekten
- Zentrale Fortbildungsangebote für EA kostenlos (auch 1. Hilfe)
- Sprachmittlung für Neu-Berliner
- Hotline für Rechtsberatung
- Rechtliche Beratung!!!
- Körperschaftsberatung (rechtlich, administrativ)
- individuelle Beratung breiter denken => FWA pers. Aufstocken
 - Mischarbeitskonzepte
 - "Work-Life-balance"
- FE als fester Baustein jd. Menschen
- Weiterbildungsmöglichkeiten
 - Fonds
 - Datenbanken
- Schulung von Fachpersonal
- vielfältige Qualifizierungsangebote für Engagierte und Organisationen
- starkes Ehrenamt braucht starkes Hauptamt
 - Wissen
- (Engagement)Residenzen schaffen für kurze Zeitperioden bzw. Do-it-yourself-Toolbox zur Entwicklung von Organisationen

- Verweisungs-Angebot: Hotline/Internet: wo finde ich Info zu... Datenschutz, BGB, Vereinsrecht, Haftpflicht...
- kostenlose notarielle Unterstützung!
- Angebote zur organisationalen Weiterentwicklung (OE) für Organisationen
- Hotline für Fragen der Vereine und Ehrenamtliche

Vernetzung und Zusammenarbeit

- Förderung der Fach- und Netzwerkarbeit des Landesnetzwerks Bürgerengagement Berlin
 - wie?Modell der Förderung wie bei BBE:
 - LNBE bleibt "Netzwerk", ist damit offen für alle Orga's
 - Landesfreiwilligenagentur e. V. geht in die Trägerfunktion
- unterstützende Verwaltung
- Rollenklärung Verwaltung-Zivilgesellschaft, Politik
- Inst. Hürden abbauen
- Einrichtung Engagementbeirat bei
 - Senatskanzlei
 - allen Bezirken=> Verwaltung
=> Zivilgesellschaft
=> Freiw. Agentur
=> Wirtschaft
=> Wissenschaft
=> Medien
- Ansprechpartner, die vernetzt sind mit allen Akteuren u. Wirtschaft damit man schneller zueinander finden kann. (PR)
- Erkennbare Netzwerker
- Bessere Organisation und sichtbare Vernetzung d. Bezirke
- Strukturen Weiterentwicklung:
 - Ansprechpartner bei sozialen Projekten benennen
- Bessere Unterstützung seitens der Verwaltung
- Wir möchten: Offene Ohren in der Verwaltung.
Garantieren - Kommunikation sicherstellen => Bürger-Dialog-Beauftragte
- Bürgerdialogbeauftragte
- Diversity-Kompetenz (Sensibilis. Für Bedürfnisse unterschiedlicher sozialer Gruppen +
Eingehen auf die Bedürfnisse
- Möglichkeiten zum Dialog
- Keine Scheuklappen in Verwaltung
- Verwaltung: resortübergreifende Arbeit. SPK!!!
- Ansprechpartner/innen Verwaltung
- Schnelle Eskalationswege für Verwaltungsentscheidungen schaffen
- Zuständigkeit auf bezirklicher Ebene (Verantwortliche)

- bessere Vernetzung der Akteure
 - Organisationen
 - Verwaltung
 - Zielgruppen
- (gegenseitige) Stärkung von Akteuren, die physische und nichtphysische Räume für Engagement schaffen durch Zusammenarbeit, Capacity Building Mittel etc.
- Verknüpfung zu Gemeinwesenarbeit
- zeitliche Abstimmung
 - hauptamtlich <=> ehrenamtlich
- Ehrenamtliche Tätigkeit? Oder nicht eher staatl. Aufgabe (Ausbeutung der Zivilgesellschaft)
- Den Staat wieder in die Pflicht nehmen. Nicht das Ehrenamt als Lückenfüller nehmen.
- Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit durch Hauptamtliche

Themenspeicher

Um Doppelungen zu vermeiden werden die folgenden Nennungen anderen Themenforen zugeordnet:

Themenforum Anerkennungskultur/ Öffentliche Wahrnehmung

- Transparenz bestehender Angebote in Bezirken / Kiez im Internet und Lokalzeitungen/Infoblättern
- Öffentlichkeit über Engagementlandschaft
- Fahrtkostenerstattung/BVG Ticket
- Schwimmhalle (Zeiten)
- ÖPNV-Freistellung f. EA
- kostenlose ÖPNV-Nutzung f. InhaberInnen der Ehrenamtskarte
- Mobilität für Ehrenamtliche sichern durch kostenfreie ÖPNV-Nutzung (bspw. Für FSJ/FÖJ/BFD)
- Freier Zugang öffentl. Verkehrsmittel EA/Freiwillige usw.
- Anerkennungskultur auf Projektebene stärken durch finanz. Förderung gängiger Instrumente wie Blumen, kl. Geschenke, Verpflegung bei Dankeschön-Veranstaltungen
- Hauptamtl. Strukturen inkl. Öffentl. Dienst + i. d. freien Träger
 - Kommunikation innerhalb der Organisationen
- Fördergelder für Anerkennungskultur für Träger / Organis. Projekte

Themenforum Zugang zu Engagement und Beteiligung/ Neue Zielgruppen

- Verankerung von Kinder- und Jugendinteressen z. B auch im Begleitgremium
- ehrenamtliches Engagement braucht hauptamtliche Unterstützung, vor allem bei Jugendlichen

- Weiterentwicklung/Stärkung durch:
 - interkulturelle Öffnung (dafür: Ressourcen, Ziele, Kriterien)
- Gender-Unterschiede im Engagement (patriarchale Ordnung)
1Frauen 50+
- Barrierefreier Zugang zu Beteiligung - z. B. Übersetzung
- Barrierefreiheit im öffentlichen Raum
 - Piktogramme nutzen
 - Anpassung von Geschwindigkeiten/Tempo z. B. für Ein- und Aussteigen
 - damit Menschen mit Beeinträchtigung Engagementfelder finden
- Altersgerechte Anlaufstellen im Bezirk
- Bereitstellung von Unterlagen/Dokumenten in barrierefreier Form auch leichte Sprache
- In Büros/Einrichtungen, die Hürden absenken - z. B. Erklärungen in leichter Sprache geben, Wege zu finanzieller Unterstützung zeigen. Dolmetscher*innen zur Verfügung stellen
- Engagement - Begrüßungspaket (analog/digital) (für Neu-Berliner, für interessierte Berliner, ...)
 - kurz vor der Rente
- Mobilitätsassistenz
- Bereitstellung von Kommunikationsassistenz

Themenforum Digitalisierung

- Software für Mittelabrechnung entwickeln
- Digitale Plattform um Ideen und Aktivitäten zu teilen + App mit Pushnachrichten
- digitale und rechtliche Rahmenbedingungen klären
- digitale Kompetenz
- Modernisierter mehrsprachiger digitaler Raum
 - Begegnung & Vernetzung im Netz
 - gleichzeitig von Informationen

Hinweise zum Verfahren der Entwicklung der Berliner Engagementstrategie

- Ansprache & Einbindung in Berliner Engagementstrategie?! Digital-Wirtschaft und Creative-Wirtschaft/ StartUP's & CO

Impressum

Herausgeberin:

Referat I D Bürgerschaftliches Engagement und Demokratieförderung

Jüdenstraße 1

10178 Berlin

Tel (030) 9026-2269

www.berlin.de/buergeraktiv

buergeraktiv@senatskanzlei.berlin.de

Textredaktion:

nexus Institut GmbH

Willdenowstraße 38

12203 Berlin

Berlin, Januar 2020

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin

